

Interview mit Madeleine und Jane, Aktivistinnen von Women in Exile

WOMEN IN EXILE

2020

<https://doi.org/10.25595/3718>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

WOMEN IN EXILE: *Interview mit Madeleine und Jane, Aktivistinnen von Women in Exile*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 29 (2020) Nr. 2, 111–112. DOI: <https://doi.org/10.25595/3718>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Interview mit Madeleine und Jane, Aktivistinnen von Women in Exile

WOMEN IN EXILE

Femina Politica: *Wie nehmt Ihr die aktuelle Situation wahr?*

Madeleine: Es war, als hätte die Welt aufgehört, sich zu drehen. Wir steckten viel Arbeit in die Suche nach Techniken, die uns erlaubten, unsere Arbeit fortzusetzen. Schließlich haben wir passende Online-Optionen gefunden, mit denen es uns gelang, geflüchtete Frauen über Jitsi Meet zu treffen. Für uns war das ein großer Erfolg, für die geflüchteten Frauen eine große Erleichterung, weil sie angesichts ihrer Situation sehr beunruhigt waren.

Jane: Natürlich betrifft das Corona-Virus viele Leute in physischer, emotionaler und auch ökonomischer Hinsicht. Aber geflüchtete Frauen und ihre Kinder sind doppelt betroffen. Es gilt im Blick zu haben, dass sie häufig die Regulierungen und Vorsichtsmaßnahmen aufgrund ihrer Lage gar nicht einhalten können: Beispielsweise sind in Massenunterkünften viele Menschen auf wenig Raum zusammen – Abstand zu halten ist ein Mythos, im Gegenteil exponiert die räumliche Situation die Menschen auf extreme Weise. Die mit der Situation verbundene Eskalation von Ängsten und Traumata führt zu mehr gewalttätigen Vorfällen. Der ständige Aufenthalt in den Räumen hat auf die Kinder zusätzlich physiologische Auswirkungen.

Madeleine: In den Lagern schlafen vier Personen in einem kleinen Raum, in der Kantine treffen 100 bis 150 Menschen aufeinander. Geflüchtete Menschen, die nicht mehr im Asylsystem sind, litten auch finanziell. Manche Frauen haben ihre Arbeit verloren. Einige Einzelpersonen und Organisationen haben sich uns gegenüber sehr solidarisch gezeigt, indem sie uns Geld und andere Materialien gespendet haben, damit wir diese Frauen unterstützen konnten und weiterhin können.

Jane: Sehr problematisch waren jene Situationen, in denen es in Lagern Corona-Fälle gab. Manche Camps wurden komplett unter Quarantäne gestellt, zum Teil über mehr als sechs Wochen. Insbesondere geflüchtete Frauen litten unter dieser Situation: Hygieneprodukte und Kinderwindeln fehlten, weil solche Dinge nicht auf der Versorgungsliste des Sozialamts standen. Während des Lockdowns wurden den Frauen jegliche Termine und Kontakt mit Gynäkolog*innen verwehrt, sie hatten damit auch keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Fehlende Beratungsmöglichkeiten in diesen Zeiten verstärkten den Stress für Frauen zusätzlich. Frauen, die nicht im System sind, waren und sind in einer noch verletzbareren Position, weil auch Gastgebende in dieser Zeit weniger Kapazitäten für die Unterstützung zur Verfügung hatten.

Femina Politica: Der Begriff der Solidarität war in den ersten Wochen in aller Munde. Wie ist Eure Sicht darauf?

Madeleine: Worte der Solidarität wurden von Regierung und Politiker*innen nicht zu den Orten geflüchteter Menschen getragen. Unter Wahrung der Vorsichts- und Hygienemaßnahmen waren es wir Aktivist*innen, die Solidarität gelebt haben. Wir haben eine Solidaritätsaktion vor dem Heim in Henningsdorf organisiert. Wir von Women In Exile haben den Frauen Desinfektionsmittel, Mund-Nasen-Masken, Babywindeln und Hygieneartikel gebracht. Wir haben Guthaben für das Internet besorgt und an die Frauen verteilt: Geflüchteten Menschen wird hier kein Recht auf Internetzugang zugestanden. Eine Option für visuelle Kommunikation zu schaffen, war deshalb ein notwendiger Akt der Solidarität. Wir nutzten die digitale Kommunikation, um sie moralisch zu unterstützen – schließlich waren alle physischen Treffen und Besuche in den Lagern und Heimen untersagt. Online organisierten wir Treffen und Workshops, z.B. auch mit einem Anwalt, um die Teilnehmer*innen über Entwicklungen im Asylrecht zu informieren.

Jane: Covid-19 macht deutlich, dass geflüchtete Menschen in Würde untergebracht und alle Lager geschlossen werden müssen. Unter diesen Umständen der Massenunterbringung sind die Einhaltung von Abstandsregeln und Hygienevorschriften unmöglich. Allerdings sehe ich hier keinen politischen Willen, geflüchtete Menschen außerhalb von Lagern unterzubringen. Lager ermöglichen einfachere Abschiebeprozesse. Politischer Druck auf die Politik könnte möglicherweise Veränderung bringen: Organisationen, soziale Bewegungen und die Gesellschaft als Ganzes sind hier gefragt. Auch persönliche Unterstützung der verletzbarsten Menschen in dieser Gruppe, insbesondere von Frauen und Kindern, ist wichtig. Gruppen und Organisationen, die direkt mit geflüchteten Menschen arbeiten, brauchen ihrerseits finanzielle Unterstützung.

Femina Politica: Physische Distanznahme und das Schließen des öffentlichen Raumes sind die zentralen Strategien der Pandemiebekämpfung in Europa. Wie ordnet Ihr diese aus Eurer Perspektive ein?

Jane: Klar ist physische Distanznahme eine sinnvolle Strategie, aber letztlich ist sie dies nur für Privilegierte. Statt öffentlichen Raum zu schließen, sollten Konzepte entwickelt werden, die zum Schutz aller beitragen.

Madeleine: Aus unserer Perspektive müssen die Partnerländer unterstützt werden, tragfähige und resiliente Gesundheitssysteme aufzubauen. Es geht um eine Perspektive globaler Gerechtigkeit, darum, dass alle entwickelten Impfstoffe und Behandlungsmethoden auch mit den verletzbarsten Ländern geteilt werden. Und grundsätzlich ist es notwendig, dass hier in allen Ländern Europas der Zugang zu den Gesundheitssystemen für alle Menschen gleichermaßen möglich gemacht wird, auch für migrierte und geflüchtete Menschen.